

B e r a t u n g s f o l g e:

1. Verwaltungsausschuss 06.12.2017 Kenntnisnahme Ö

Franz Baur/23.11.2017

gez. Dezernent / Datum

Haushaltsvollzug 2017 - Finanzbericht zum 30.09.2017

Darstellung des Vorgangs:

Der Verwaltungsausschuss hat die Verwaltung beauftragt, drei Mal im Jahr zum jeweiligen Stand des Haushaltsvollzugs zu berichten.

Im Rahmen ihrer dezentralen Budgetverantwortung erstellen die Dezernate Prognosen für ihre Erträge und Aufwendungen. Die Ämter prüfen dabei dezentral in einer Informations- und Controlling-Software alle Finanzpositionen Ihres Verantwortungsbereichs, prognostizieren bis zum Jahresende die Entwicklung und eruieren die Gründe für die Abweichungen.

Mit dieser Vorlage wird der **Bericht zum Stichtag 30.09.2017** vorgelegt.

Die aktuelle Hochrechnung ergibt eine Verbesserung im Ergebnishaushalt gegenüber dem Haushaltsplan von 7,5 Mio. €.

Nach der Fertigstellung des Finanzberichts hat sich ergeben, dass im Bereich der Spitzabrechnung der Kosten der Unterbringung der Asylbewerber noch Risiken in der vollen Kostenübernahme durch das Land bestehen. Diese Risiken ergeben sich aus den leerstehenden Unterkünften und die hohe Anzahl von Personen in der vorläufigen Unterbringung, die bereits die Voraussetzungen für die Anschlussunterbringung erfüllen. Daher kann sich die Hochrechnung im Laufe des Restjahr 2017 nochmals verschlechtern.

Im Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit) fließen voraussichtlich 4,1 Mio. € nicht mehr im Jahr 2017 ab. Allerdings handelt es sich zum Großteil um noch nicht abgerechnete bzw. abgeschlossene oder ins Folgejahr verschobene Maßnahmen, für die im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 Haushaltsreste gebildet werden. Diese sind

dann die Ermächtigung für die zeitlich versetzte Auszahlung im Jahr 2018.

Die finanziellen Auswirkungen können wie folgt zusammengefasst werden:

Es gibt Einsparungen bei den Personalaufwendungen von rund 2,26 Mio. €. Dabei wurden knapp 1,1 Mio. € bei der nicht in Anspruch genommenen Personalkostenreserve im Bereich Asyl eingespart. Die restlichen Einsparungen ergeben sich aufgrund der allgemeinen Fluktuation und nicht besetzten Stellen insbesondere im Amt für Migration und Integration.

Bei den Aufwendungen für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen wurde unterstellt, dass entsprechend der Zusage des Landes, alle erstattungsfähigen Kosten spitz abgerechnet und erstattet werden. Der Mehraufwand bei der Produktgruppe 3140 wird durch die Einsparung von Personalkosten im Bereich Asyl ausgeglichen.

Da die Flüchtlinge schneller von der vorläufigen Unterbringung in die Anschlussunterbringung wechseln, muss der Landkreis für Hilfeleistungen und für Krankenhilfeleistungen rund 1,3 Mio. € mehr aufwenden. Eine detaillierte Übersicht zu den Finanzströmen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ist als **Anlage 2** beigefügt.

Der Haushaltserlass des Landes für das Jahr 2017 wurde erst zu einem Zeitpunkt bekannt gegeben, an dem der Haushaltsplan bereits fertiggestellt war. Da die tatsächlichen Steuereinnahmen höher sind als unsere damalige optimistische Prognose, werden die FAG-Zuweisungen (dargestellt bei der Finanzverwaltung) rund 6,66 Mio. € und die Sachkostenbeiträge für die Schüler (dargestellt beim Amt für Kreisschulen) 1,1 Mio. € höher sein als geplant.

Der Planansatz für die Grunderwerbsteuer wurde für das Jahr 2017 auf 14,5 Mio. € erhöht. Die aktuelle Hochrechnung ergibt, dass dieser Rekordertrag nochmals um rund 2,4 Mio. € übertroffen werden könnte.

Die Ergebnisse der Vergütungsverhandlungen mit den Trägern der Eingliederungshilfe führen zu einer durchschnittlichen Erhöhung der Pflegesätze um 2,5 %. Dies führt bei der Grundversorgung und den Hilfen nach SGB XII zu einer Belastung von 3,58 Mio. €. Bei der Hilfe zur Pflege erhöhen sich die Aufwendungen nicht wie erwartet, da durch das Pflegestärkungsgesetz II und III nur bei Neufällen die Mehrkosten vom Landkreis zu tragen sind. Es kommt dadurch zu Einsparungen gegenüber der Planung von 0,8 Mio. €.

Im Finanzhaushalt ist zu beachten, dass einige „Mehrauszahlungen“ durch Haushaltsreste des Vorjahres gedeckt sind. Tatsächliche Planabweichungen gab es beim Verkauf des Kreisjugendheims Hohenegg, da der Erlös um 0,3 Mio. € niedriger war wie ursprünglich geplant.

Aus dem Verkauf von Unterkünften und Containern zur Flüchtlingsunterbringung und aufgrund von Rückzahlungen für bereits 2016 errichtete und vorfinanzierte Leasing-Containeranlagen konnten rund 2,1 Mio. € nicht geplante Erlöse erzielt werden.

Anlage 1 zu 0117/2017 - Finanz- und Controllingbericht 30.09.2017

Anlage 2 zu 0117/2017 - Übersicht Hilfe und Unterbringung von Flüchtlingen
Finanzbericht 30.09.2017